

Langenfeld, 21. Juli 2026 – Was passiert gerade mit Deutschland? Von unserem Land wird mehr Handeln beim Bewältigen von Krisen in der ganzen Welt verlangt. Zurecht. Ein derart international angesehenes und wirtschaftlich starkes Land, das sich maßgeblich durch die Hilfe Amerikas und unserer Nachbarn in Europa aber auch durch Fleiß und Streben nach Erfolg und Wohlstand seiner mittlerweile bunter, vielfältiger und kreativer gewordenen Bevölkerung so entwickeln konnte, ist geradezu verpflichtet für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt einzutreten. Dabei muss immer sorgsam abgewogen werden, ob wir auf „der richtigen Seite“ stehen, dort sind und auch bleiben. Wir werden hoffentlich nie wieder allein handeln und nur unsere eigenen Interessen verfolgen, sondern weiter gemeinsam mit Freunden die besten Lösungen finden. Diese Solidarität hat uns stark gemacht. Stark gemacht hat unser Land aber auch der Zusammenhalt der Bevölkerung in der Gesellschaft. Natürlich ist die Bevölkerung in Deutschland nie in Gänze einer Meinung gewesen. Wir alle wissen aus der Geschichte unseres Landes, dass so etwas selbst in Diktaturen im Ergebnis nicht erzwungen werden kann. Das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland hat es aber bisher immer möglich gemacht, dass sich eine große Mehrheit der Menschen im Land als unserer Gesellschaft zugehörig empfindet. Dieser gesellschaftliche Zusammenhalt ist auch eine Grundlage für die Akzeptanz außenpolitischen Handels und der hierfür eingesetzten Finanzmittel.

Nun droht dieser Zusammenhalt der Gesellschaft zu bröckeln. Die Sorge und die Angst in der Bevölkerung sind seit dem Bestehen der Bundesrepublik noch nie so groß gewesen. Es besteht ein riesiger Finanzbedarf durch den Russland-Ukraine-Krieg. Die Bundesregierung will die Bundeswehr, zum Schutz und Verteidigung gegründet, „kriegstüchtig“ machen. Die Sozialsysteme sind in der bisherigen Form nicht mehr dauerhaft finanzierbar. Menschen und Politik müssen Lösungen finden, um uns Sorge und Angst vor Krieg, schrumpfendem Wohlstand und Armut zu nehmen. Solche Lösungen werden dann mitgetragen, wenn sie mit maximaler Transparenz und Partizipation zustande kommen. Hierzu reichen die vorhandenen Instrumente und vorgeschriebenen, politischen Prozesse in unsere Demokratie vielleicht nicht mehr aus. Exemplarisch für ein Scheitern von Akzeptanz kann bei der Rekrutierung zusätzlicher Soldaten und Soldatinnen angenommen werden. Es wurde versäumt, die primär betroffenen jungen Menschen einzubeziehen. Die Folge wird voraussichtlich eine nicht akzeptierte Wehrpflicht sein. Beim Umgang und Zugang von jungen Menschen zu sozialen Medien wird voraussichtlich leider ähnlich gehandelt. Schutz, Befähigung und Teilhabe soll ohne das Wissen und die vorhandene Erfahrung der jungen Nutzer installiert werden. Ob Kinder und Jugendliche sich mit antiquierten

Anreizen wie ein „Sozialmedia-Seepferdchen“ belohnt, befähigt und qualifiziert fühlen, darf bezweifelt werden. Auch wenn hier viel zu spät reagiert wird, sollte sorgfältig gearbeitet werden. Fragen wir doch bitte erstmal nach, wo Kinder und Jugendliche Gefahren sehen und Hilfe benötigen, aber auch wieviel persönlicher Nutzen und Zugewinn empfunden wird.

In anderen Bereichen fehlen Expertenkommissionen, die ergebnisoffen neben fachlichen auch gesamtgesellschaftliche, soziologische Belange mit angemessenem Gewicht berücksichtigen.

Es erscheint zurzeit so, als sei eine christlich-soziale und christlich-demokratische zusammen mit einer sozial-demokratischen Mehrheit im Bundestag, alle zugehörig zur sogenannten politischen Mitte, nicht in der Lage, die soziale Gerechtigkeit im Auge zu behalten. Das ist sehr bedenklich. Es geht dabei nicht immer um Recht oder Unrecht. Der bisher geäußerte Widerstand anderer Fraktionen und Verbände gegen Eingriffe in das Sozialsystem sollte keinesfalls als Abwehr nach dem „Sankt-Florian-Prinzip“ verstanden werden. Es geht hier nicht um Wegnehmen von Nettigkeiten, sondern um Verschärfung von Not und Armut und um Ausgrenzung statt Teilhabe. Es geht in erster Linie um Menschen, deren Lebenswege und -umstände, nicht nur um Geld, Kosten, Erträge und Kapitalmarkt. Deswegen wird es in den nächsten Monaten besonders wichtig sein, dass das, was die gewählte Mehrheit umsetzen will, den Menschen sehr gut erklärt wird. Wo viel Geld für Panzer und Drohnen vorhanden ist, sollte auch eine angemessene Fürsorge für Kinder, Alte, Behinderte, Kranke und Arme, Vertriebene und Geflüchtete möglich bleiben. Das Grundgesetz verpflichtet hierzu. Hierbei nur ein Mindestmaß als Ziel anzustreben wäre mehr als armselig für unser Land. Marshallplan und Rosinenbomber scheinen vergessen und zählen offenbar nicht mehr viel. Hoffentlich kann Verteidigungsfähigkeit nicht gegen soziale Gerechtigkeit ausgespielt werden. Dann hätte sich unsere Gesellschaft schon sehr negativ verändert. Die gesuchten Lösungen werden nicht einfach sein. Wenn sie gefunden sind, werden wir gute Erklärer brauchen, sonst steht Deutschland vermutlich ein stürmischer Herbst und ein besonders kalter Winter bevor.